

POLEN

Die polnische Wirtschaft wird den Projektionen zufolge dank starker öffentlicher Investitionen im Jahr 2011, die z.T. mit aus EU-Mitteln finanzierten Investitionsprojekten und der Fußball-Europameisterschaft 2012 in Verbindung stehen, einer Erholung bei den Unternehmensinvestitionen im Jahr 2012 sowie eines soliden privaten Verbrauchs 2011 und 2012 um nahezu 4% expandieren.

Das Haushaltsdefizit wird voraussichtlich von 7,9% des BIP im Jahr 2010 auf 5,8% im Jahr 2011 und 3,7% im Jahr 2012 sinken. Anfang 2011 schnellte die Inflation unter dem Einfluss der boomenden Nahrungsmittel- und Energiepreise in die Höhe. Die Straffung der Geldpolitik sollte in Richtung eines neutralen Kurses fortgesetzt werden, um sowohl die Inflationserwartungen einzudämmen als auch mit der Erhöhung der Rohstoffpreise einhergehenden Zweitrundeneffekten vorzubeugen und ferner, weil das starke Wachstum die Produktionskapazitäten bald unter Druck setzen wird.

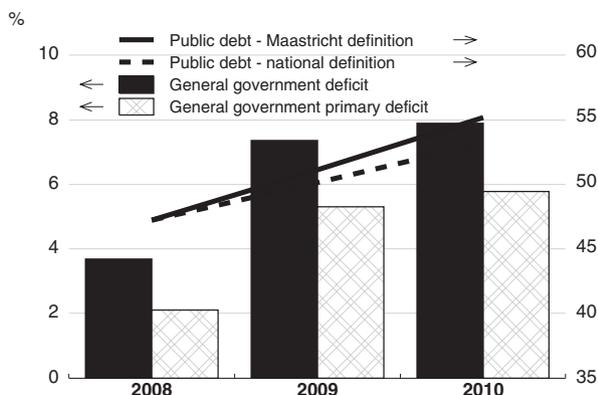
Die Wirtschaft wird weiter expandieren

Das Wirtschaftswachstum erreichte 2010 dank des öffentlichen und privaten Verbrauchs und einer Wende bei der Lageraufstockung eine solide Wachstumsrate von 3,8%, auch wenn der private Verbrauch gegen Ende des Jahres etwas nachließ. Jedoch hat sich die Industrieproduktion beschleunigt, und die Indikatoren des Geschäftsklimas deuten auf eine anhaltende Expansion hin. Die Anlageinvestitionen gingen zurück, insbesondere bei Maschinen und Ausrüstungen und im Wohnungsbau, die ausländischen Direktinvestitionen in Polen machten aber 2% des BIP aus und könnten 2011 4% des BIP erreichen. Im Nichtwohnungsbau bleibt das Wachstum verhalten. Die Kreditvergabe an die Binnenwirtschaft scheint sich nur langsam zu erholen. Die standardisierte Arbeitslosenquote hat sich seit Anfang 2010 auf etwa 9,5% stabilisiert.

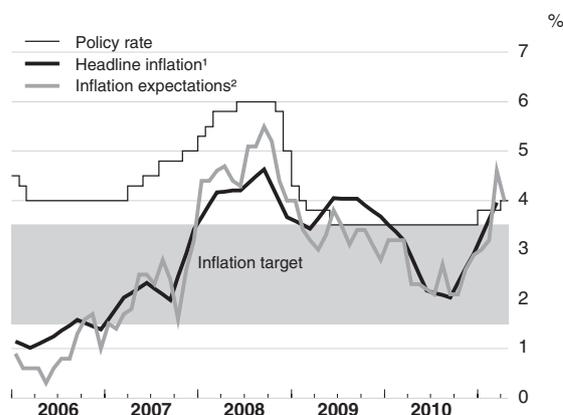
Poland

Government deficit and debt rose again in 2010

As a percentage of GDP



Inflation is above target and rising



1. Year-on-year growth rates.

2. One year ahead.

Source: NBP; OECD, Economic Outlook 89 database.

Poland: Demand, output and prices

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Current prices PLN billion	Percentage changes, volume (2000 prices)				
GDP at market prices	1 176.7	5.0	1.7	3.8	3.9	3.8
Private consumption	713.2	5.2	2.4	3.0	3.0	3.3
Government consumption	210.3	6.6	2.6	3.8	3.2	0.8
Gross fixed capital formation	251.6	9.6	-0.8	-2.2	9.7	9.7
Final domestic demand	1 175.1	6.4	1.7	2.1	4.3	4.1
Stockbuilding ¹	33.9	-1.0	-2.5	2.1	0.4	0.0
Total domestic demand	1 209.0	5.2	-0.7	4.2	4.7	4.1
Exports of goods and services	481.9	5.9	-6.0	10.1	5.4	6.7
Imports of goods and services	514.3	6.2	-13.2	11.4	7.7	7.2
Net exports ¹	- 32.3	-0.3	3.4	-0.5	-1.0	-0.4
<i>Memorandum items</i>						
GDP deflator	—	3.1	3.5	1.5	2.9	2.9
Consumer price index	—	4.2	3.8	2.6	4.2	3.1
Private consumption deflator	—	4.6	2.1	2.9	3.8	2.9
Unemployment rate	—	7.1	8.2	9.6	9.4	8.5
General government financial balance ^{2,3}	—	-3.7	-7.4	-7.9	-5.8	-3.7
Current account balance ²	—	-4.8	-2.2	-3.4	-4.5	-4.8

Note: National accounts are based on official chain-linked data. This introduces a discrepancy in the identity between real demand components and GDP. For further details see *OECD Economic Outlook Sources and Methods* (<http://www.oecd.org/eco/sources-and-methods>).

1. Contributions to changes in real GDP (percentage of real GDP in previous year), actual amount in the first column.

2. As a percentage of GDP.

3. With private pension funds (OFE) classified outside the general government sector.

Source: OECD Economic Outlook 89 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932431027>

Eine Reihe von Maßnahmen wird das Haushaltsdefizit 2011 und 2012 reduzieren

Trotz des soliden Wachstums stieg das Haushaltsdefizit 2010 auf 7,9% des BIP, womit es den im EU-Konvergenzprogramm Polens vorgesehenen Wert um 1 Prozentpunkt überschreitet. Den Projektionen zufolge wird es z.T. infolge des kräftigen Wirtschaftswachstums 2011 auf 5,8% und 2012 auf 3,7% sinken. Ferner dürfte die Entscheidung, ab Mai 2011 einen Teil der Sozialversicherungsbeiträge aus der obligatorischen zweiten Rentensäule (die sich außerhalb des Staatssektors befindet) in die erste Säule zu übertragen (die zum Staatssektor gehört), das Defizit 2011 um etwa 0,6% des BIP und 2012 um 1,1% reduzieren. Zu den weiteren Konsolidierungsmaßnahmen zählen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Einführung von Ausgabennormen in der Zentralregierung. Die öffentlichen Investitionsausgaben werden sich den Projektionen zufolge 2012 verlangsamen, wenn die Investitionsprojekte zum Stillstand kommen.

Es bedarf zusätzlicher Anstrengungen, um das Haushaltsziel der Regierung für 2012 zu erreichen

Das Haushaltsdefizit wird den Projektionen zufolge 2012 auf 3,7% des BIP sinken, wenn die Umleitung der Sozialversicherungsbeiträge zum gesamtstaatlichen Haushalt ihre volle Wirkung zeigt. Daher sind weitere Maßnahmen erforderlich, wenn die Regierung ihr Defizitziel von 2,9% des BIP für 2012 erreichen soll. Der Vorschlag der Regierung, auf der Ebene der nachgeordneten Gebietskörperschaften Defizit- und Schuldenlimits einzuführen, wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Ausgabenkürzungen

könnten durch eine Reform der ersten Rentensäule, die eine Beseitigung der Privilegien für sogenannte Uniformträger (z.B. Berufssoldaten) und Richter sowie die Anhebung des effektiven Rentenalters zum Ziel hat, Effizienzsteigerungen in der öffentlichen Verwaltung, im Bildungswesen und in der Gesundheitsversorgung sowie eine Verbesserung der Zielausrichtung ausgewählter Sozialausgaben erreicht werden. Ferner ist Spielraum für eine Senkung von Steuervergünstigungen und Erhöhung von Umwelt- und Vermögensteuern vorhanden.

Die Staatsverschuldung wird 2012 unter 60% des BIP bleiben

Die Regierung ist bemüht, die öffentliche Verschuldung (nach der nationalen Definition) 2011 und 2012 unter der Zwischengrenze von 55% des BIP zu halten und ergreift zu diesem Zweck zusätzlich zum Defizitabbau eine Vielzahl von Maßnahmen: a) Verlagerung einiger öffentlicher Infrastrukturausgaben an den Nationalen Straßenfonds (der aus der nationalen Definition ausgeklammert ist) und die staatseigene Bank für Binnenwirtschaft (BGK), b) Senkung der auf die Staatsschulden zu leistenden Zinszahlungen durch die Kreditaufnahme bei günstigeren Quellen, wie der Europäischen Investitionsbank, zur Finanzierung großer Investitionsprojekte, c) Veräußerung von im Wesentlichen Minderheitsbeteiligungen an staatseigenen Unternehmen (etwa 1% des BIP im Jahr 2011), d) Überführung vom Demografischen Reservefonds verwalteter Vermögenswerte in den Haushalt, e) Verbesserung des Liquiditätsmanagements im öffentlichen Sektor und f) Überführung von Zentralbankgewinnen in den Haushalt (in Höhe von 0,4% des BIP im Jahr 2011).

Die Straffung der Geldpolitik sollte fortgesetzt werden

Die Gesamtinflation schnellte Anfang 2011 vor allem auf Grund des Anstiegs der Nahrungsmittel- und Energiepreise beträchtlich in die Höhe. Diese Preisentwicklungen könnten sich in Lohnerhöhungen niederschlagen, zumal die Inflationserwartungen bereits gestiegen sind, der Kapazitätsüberhang in der Wirtschaft rasch abnimmt und die Mindestlöhne voraussichtlich bis 2012 um 8% steigen werden. Daher bedarf es einer deutlichen Straffung der Geldpolitik.

Es ist mit einem stabilen Wachstum und einer sinkenden Arbeitslosigkeit zu rechnen

Das Wachstum wird sich voraussichtlich weiter dynamisch entwickeln und seine Impulse zunächst von aus EU-Mitteln finanzierten und mit den Vorbereitungen für die Fußball-Europameisterschaft 2012 in Zusammenhang stehenden Anlageinvestitionen, einer neuerlichen Belebung der Unternehmensinvestitionen im Jahr 2012 sowie einem soliden privaten Verbrauch beziehen. Die Arbeitslosigkeit wird den Projektionen zufolge nach und nach zurückgehen, und die Leistungsbilanz wird sich auf Grund des kräftigeren Importwachstums verschlechtern.

Die Risiken sind politikbezogen

Werden die Maßnahmen zur strukturellen Straffung der Haushaltspolitik nicht umgesetzt, besteht im Kontext der Parlamentswahlen Ende 2011 die Gefahr, dass das gesamtstaatliche Defizit höher ausfallen wird als projiziert, was die makroökonomische Stabilität in Frage stellen könnte. Jede Verzögerung bei der geldpolitischen Straffung würde sich in einer stärkeren Inlandsnachfrage und höherer Inflation niederschlagen.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2011 Issue 1

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2011-1-en

Please cite this chapter as:

OECD (2011), "Polen", in *OECD Economic Outlook, Volume 2011 Issue 1*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2011-1-31-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.